



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Schönes Neues Jahr! +++ Arbeitsmarkt +++ Haushalt +++ Elisa retten! +++ Wohnungsbau +++ HVV-Preise +++ Kulturipp

Liebe Leserinnen und Leser,



ein bewegtes Jahr geht zu Ende, ein Jahr, das u.a. in Hamburg eine Bürgerschaftswahl und die Aufstellung eines SPD-Senats mit sich brachte, in dem bundesweit eine Mordserie von Nazis und Verquickungen mit dem Verfassungsschutz zum Vorschein kam und das weltweit durch die Atomkatastrophe von Fukushima und eine anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise überschattet wurde.

Für mich bedeutete der Wiedereinzug in die Bürgerschaft eine unerhoffte Überraschung, die mir neben meiner »normalen« Arbeit als Personalratsvorsitzende und Gewerkschafterin ein erhebliches Mehr abverlangt. Zu den unerfreulichen Überraschungen zählte der gesundheitsbedingte Rücktritt von Joachim Bischoff Ende November, was eine große Zäsur für die LINKSFRAKTION bedeutet und auch für den BürgerInnenbrief Veränderungen mit sich bringt. Nachgerückt im

Wahlkreis 1 ist mittlerweile Tim Golke. Er und Joachim sind (auch weiterhin) im BürgerInnenbrief präsent, wie die vorliegende Ausgabe zeigt.

Für die erfreuliche Zusammenarbeit möchte ich mich bei allen BündnispartnerInnen, KollegInnen, GenossInnen, BürgerInnenbrief-MacherInnen und -AutorInnen, MitarbeiterInnen der Fraktion und nicht zuletzt bei meinem persönlichen Referenten, Michael Joho, bedanken.

Ich wünsche allen Freundinnen und Freunden, den Leserinnen und Lesern des BürgerInnenbriefes ein paar beschauliche Feiertage und einen wunderbaren Rutsch ins neue Jahr. Halten wir gemeinsam die Ohren steif, um Verbesserungen für die Menschen in dieser Stadt zu erreichen!

Heike Sudmann

Mit »mahnenden Gesprächen« zu mehr Arbeit?

Von Tim Golke und Joachim Bischoff



Im nächsten Jahr erhalten die Jobcenter, die Langzeitarbeitslose betreuen, deutlich weniger Geld vom Bund. Nicht nur die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist der schwarz-gelben Koalition weniger wert, überhaupt sind die Instrumente zur Förderung von Qualifikation, Fortbildung und Förderung der Arbeitskräfte zusammengestrichen und mit geringeren Finanzmitteln ausgestattet worden. Dies ist besonders alarmierend, weil sich für das Jahr 2012 eine deutliche Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik ankündigt.

Hamburgs Sozialdemokratie hat unter dem Diktat der Mittelkürzungen die organisatorischen und inhaltlichen Konzeptionen für den regionalen Arbeitsmarkt neu gebündelt. Vor dem Hintergrund der vielfältigen, bislang nicht sehr erfolgreichen Versuche der letzten Jahre, mit den erhöhten Anforderungen an die Arbeitskräfte und der damit verbundenen Langzeitarbeitslosigkeit umzugehen, ist dies unbestritten eine gewaltige Herausforderung. Die regionalen Akteure – die Arbeitsagentur, das Jobcenter und die Behörde für Arbeit (BASFI) – haben seit den Hartz IV-»Reformen« gewiss nicht durch überzeugende Leistungen gegläntzt und bei den BürgerInnen auch kein Vertrauen auf- und ausbauen können. Im Gegenteil.

Die ersten Schritte eines Neuanfanges in Hamburg zeichneten sich zudem durch die übliche Geringschätzung und Kommunikationsträgheit aus. In einem Gutachten wurde der Hansestadt erneut bescheinigt, dass der massive Einsatz von Ein-Euro-Jobs vielfach dazu missbraucht wurde, öffentliche und soziale Dienstleistungen zu den schlechtesten und gering bezahlten Bedingungen anzubieten. Von den über 10.000 Ein-Euro-Jobs sollten nach dem selbst erklärten Neuanfang zunächst noch 3.900 übrig bleiben und diese in den nachfolgenden Jahren weiter zurückgefahren werden. Eine Begründung für den quantitativen Rahmen gab es so wenig, wie sich die »Akteure« groß Gedanken machten, was denn

mit den Trägern dieser Maßnahmen passieren sollte und wie künftig die von diesen erbrachten Dienstleistungen gewährleistet werden könnten. Diese »Reform« war ein anschauliches Beispiel für »Top-down-Politik« und Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Strukturen.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Akteure des Arbeitsmarktes doch noch mehr Ressourcen für Ein-Euro-Jobs beanspruchen können. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Dressel geht in vorweihnachtlichem Mitgefühl auf die Betroffenen zu: »Infolge der Einschnitte der schwarz-gelben Bundesregierung bei der Arbeitsmarktpolitik sind an vielen Ecken der Stadt auch Stadtteileinrichtungen in ihrer Existenz bedroht – das nehmen wir ernst.« Das ist doch eine Ansage. Die SPD und ihr Senat wollen »helfen, damit Anschlussperspektiven für unverzichtbare Projekte in den Stadtteilen gefunden werden können. Deshalb wollen wir einen wesentlichen Teil der zusätzlichen Mittel des Bundes für 2012 dafür nutzen, um befristet zusätzlich 500 Arbeitsgelegenheiten in enger Abstimmung mit den Bezirken bereitzustellen.« Diesem Muster an politischer Glaubwürdigkeit darf der SPD-Experte Schwieger noch hinterher rufen: Die soziale Infrastruktur der Stadt dürfe aber nicht ausschließlich auf Arbeitsgelegenheiten aufbauen.

Wohl wahr, aber die Lösung dieses dreifachen Problems

- Wie entwickeln wir die soziale Infrastruktur ohne Ein-Euro-Jobs?
- Was machen wir mit den Trägern dieser Dienstleistungsangebote?
- Wo bleiben die eigentlichen »Akteure« dieser Aufgaben, nämlich die bisherigen Ein-Euro-JobberInnen?

ist noch immer das Geheimnis sozialdemokratischer Amtsstuben. Richtig ist zweifellos: »Die Arbeitsmarktmittel sind vor allem dafür da, Integration in Arbeit zu ermöglichen. Deshalb ist uns auch der Schwerpunkt zur Stärkung der Bildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose wichtig.

Diese Wichtigkeit lässt sich an der Tatsache ablesen, dass das Jobcenter rund 19 Mio. Euro nach Berlin zurück überweisen muss, weil es die Mittel in Hamburg nicht rechtzeitig zweckentsprechend für Eingliederungsleistungen eingesetzt hat. Aber alles angeblich kein Problem: Nicht nur Hamburg zahlt Mittel zurück, andere Bundesländer nehmen die gleiche Entwicklung. Grund sei die unerwartet gute Situation auf dem Arbeitsmarkt. Es sei nicht so viel Geld für Eingliederungen gebraucht worden wie erwartet.

Fakt ist jedenfalls: Es sind zu wenig Mittel für Eingliederung und Integration in Hamburg ausgegeben worden, weniger, als eigentlich vorgesehen waren. Grund dafür war si-

cherlich zum einen die Verwaltungspraxis im Jobcenter und zum anderen – nach einigen personellen Rochaden, ausgelöst durch den neuen Arbeitssenator – die mangelhafte Überprüfung und Anleitung. Es sagt sich ja leicht: »Das Jobcenter ist verantwortlich für die Bundesmittel« (Sozialsenator Detlef Scheele, SPD). Der Behörde sei das Problem bereits im Sommer aufgefallen, daraufhin habe es »mahrende Gespräche« gegeben. Sie endeten im August mit der Beurlaubung in der Geschäftsleitung. Schön, dass wir das geklärt haben. Die Neuaufstellung auf dem regionalen Arbeitsmarkt wird nach diesem Zwischenschritt noch größere Probleme der gesellschaftlichen Akzeptanz haben.

Hamburg ist nicht Griechenland – oder doch?

Von Joachim Bischoff



Die offizielle Staatsverschuldung der Freien und Hansestadt Hamburg liegt gegenwärtig bei ca. 28 Mrd. Euro. Dies ist aber nur die Spitze des Eisberges, denn es gibt noch einige Verpflichtungen aus so genannten Schattenhaushalten. Neben den direkten gibt es indirekte Staatsschulden – etwa die Zahlungsverpflichtung für Renten und Pensionen. Hamburg hat zurzeit 31.630 VersorgungsempfängerInnen auf der Pensionsliste. In den letzten Jahren sind die Pensionszahlungen massiv angestiegen. Im Jahr 2000 waren 692 Mio. Euro aufzuwenden, in diesem Jahr sind es 949 Mio. Euro – ein Plus von 37%. Vorsorglich hat die Hansestadt rund 16,6 Mrd. Euro für zukünftige Pensionszahlungen in die Bilanz 2009 gestellt. Gleichwohl gibt es auch in Hamburg eine beträchtliche Nachhaltigkeitlücke.

Zu diesen nicht sichtbaren Verpflichtungen gehört auch, dass ein Teil der öffentlichen Infrastruktur nicht in seiner Substanz und damit seinem Vermögenswert erhalten werden kann. Wegen der unzureichenden Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der letzten 20 Jahre ist inzwischen ein erheblicher Sanierungstau, der für die verschiedenen Teilbereiche mit rund 4,7 Mrd. Euro beziffert werden kann,

aufgelaufen. Zudem sind fortschreitende Substanz- und Wertverluste sichtbar geworden. Dazu gehören insbesondere Investitionen in die Infrastruktur, die in den letzten Jahrzehnten unzureichend waren. »Neben der zu erhöhenden Bau- und Straßenunterhaltung (einschließlich Grünanlagen und Ingenieurbauten fehlen hier rund 100 Mio. Euro jährlich) sind dies beispielsweise die künftige Finanzierung des Hafens nach dem Verbrauch der HHLA-Milliarde mit jährlich weiteren 100 Mio. Euro, die Ausfinanzierung des Sondervermögens »Schule – Bau und Betrieb« durch kostendeckende Mieten aus dem Haushalt (100 Mio. Euro) oder die Finanzierung eines ebensolchen Modells für die Gebäude der Hochschulen« – so der jüngste Bericht des Rechnungshofes.

Der Rechnungshof fasst zusammen: »Hamburg ist per Ende 2010 mit rund 28 Mrd. Euro verschuldet. Weitere Kreditaufnahmen von rund 2,2 Mrd. Euro sind im Zeitraum bis 2015 vorgesehen. Hamburg lebt auf Kosten seiner Substanz. Seit 1995 wurde städtisches Vermögen im Umfang von rund 7 Mrd. Euro veräußert... Die zusätzlichen Finanzierungsbedarfe, die sich insbesondere aus »verdeckten« strukturellen Defiziten durch unterlassene Substanzerhaltung generieren,

erweitern das betragsmäßige Haushaltsdefizit um mindestens jährlich insgesamt rund 322 Mio. Euro. Im Einzelnen entstehen zusätzlich

- rund 22 Mio. Euro für die nachhaltige Bauunterhaltung im Hochbau,
- mindestens rund 54 Mio. Euro für die Unterhaltung und Instandsetzung der Hauptverkehrs- und Bezirksstraßen,
- rund 17 Mio. Euro für eine bedarfsgerechte Unterhaltung der Grünflächen,
- rund 11 Mio. Euro für die Brückenunterhaltung,
- mindestens 100 Mio. Euro für die Finanzierung der allgemeinen Hafeninfrastuktur,
- rund 100 Mio. Euro für Kostenmieten der Schulen und
- rund 18 Mio. Euro für die Finanzierung von Ausgabenresten.«

Und noch eine andere Kleinigkeit gilt es zu bedenken. Wie wir dieser Tage lernen, ist die Bankenkrise längst nicht ausgestanden und die Freie und Hansestadt Hamburg hat beispielsweise noch etliche Verpflichtungen gegenüber der HSH Nordbank und einigen anderen öffentlichen Unternehmen. Haftungsverhältnisse bzw. Gewährleistungsverpflichtungen der Stadt gegenüber öffentlichen Unternehmen mit einer Gewährträgerhaftung im Konzern von rund 57,7 Mrd. Euro bergen reichlich Risiken.

In dieser Situation hat die sozialdemokratische Mehrheit eine unternehmerische Beteiligung an drei Leitungsnetzen beschlossen. Hamburg übernimmt 25,1% der Versorgungsnetze, beteiligt sich also mit gut einem Viertel an den Unternehmen, die Strom, Gas und Fernwärme liefern. In Hamburg sind das Vattenfall und E.ON, die auch nach Ablauf der Konzessionsverträge 2015 darauf bauen, die Netze weiter zu betreiben. Verbunden mit der Einigung auf diesen Teilrückkauf haben sich die Hansestadt und die beiden Energiekonzerne zudem auf ein auf sechs Jahre angelegtes Investitionsprogramm in Höhe von bis zu 1,6 Mrd. Euro verständigt. Das Investitionsprogramm ist weithin positiv anerkannt. So soll ein Gas- und Dampfkraftwerk gebaut werden, in dem integrierte Energiespeicher künftig die Speicherung von überschüssiger Energie z.B. aus Offshore-Windkraftanlagen ermöglichen. Es wird zudem investiert in Biomasse-Anlagen und den Ausbau der dezentralen Wärmeversorgung.

Aber: 543 Millionen Euro zahlt die Stadt für die 25,1% der Netze von Strom, Gas und Fernwärme. Der Kaufpreis soll durch Garantiedividenden refinanziert werden – Ausschüttungen zwischen 4,2 und 4,5% wurden vereinbart. Was nach gutem Geschäft klingt, heißt: Es wird zunächst einmal die Kreditaufnahme und damit der Schuldenberg weiter gesteigert. Die Alternative: Hamburgs viertes Netz – die Leitungen für die Wasser- und Abwasserversorgung –, das sich bereits im öffentlichen Besitz befindet, wird schrittweise zu einem Netzbetreiber ausgebaut und zwar jeweils nach Auslaufen der Konzessionsverträge mit den Energieunternehmen. Ein solches Projekt könnte den Kern eines umfassenden Unternehmens »Hamburger Stadtwerke« abgeben, was auch für die Gestaltung der öffentlichen Finanzen einige Konsequenzen hätte.

Weitere Schuldengewitter zeichnen sich ab: Die Stadt hat vor drei Jahren mit einem Konsortium die Reederei Hapag-Lloyd vor dem Übergang nach Singapur gerettet. Der Logistikunternehmer Kühne, vor Jahren zum Steuerzahler in der Schweiz mutiert, ist mit 24,6% und die Stadt mit 23,6% an der Hamburger Reederei beteiligt. Der Touristikkonzern TUI, dem früher das Unternehmen ganz gehörte, hat so seinen Anteil auf 38,4% verringern können. Dieses Paket versucht die TUI, die sich auf das Touristikgeschäft konzentrieren will, nun wiederum loszuwerden. Juristisch möglich ist zunächst der Verkauf an das Hamburger Konsortium. Der vor drei Jahren geschlossenen Vereinbarung zufolge bietet die TUI dem Konsortium 33,3% zum Kauf an. BranchenkennerInnen schätzen den Wert des Aktienpaketes auf gut 900 Mio. Euro. Unklar ist, ob Kühne und die Hansestadt einen Preis bieten können, den TUI für akzeptabel oder verhandelbar hält. Die Stadt ist ja bereits mit 28 Mrd. Euro verschuldet und Kühne hat schon im Frühjahr 315 Mio. Euro für weitere 11,3% an Hapag-Lloyd ausgegeben. Insgesamt hält das Konsortium 61,6% an Hapag-Lloyd. Auch hier droht in letzter Konsequenz eine weitere Erhöhung des städtischen Schuldenbergs.

Wie aber können der Schuldenberg und die Risiken vermindert werden? Die schlechte Situation des Hamburger Haushaltes ist keine Hamburgensie, sondern kennzeichnet fast alle Länder- und Kommunalhaushalte. Und das nach Jahren des »Sparens« auf allen Ebenen. Es gibt – wie in Hamburg die Elbphilharmonie – etliche überflüssige Projekte, aber im Kern braucht die Stadt eine soziale und kulturelle Infrastruktur, um zukunftsfähig sein zu können. Diese ist letztlich nur über eine Verbesserung der Einnahmen zu realisieren. Dabei sind die wachsende Verschuldung und Finanznot der öffentlichen Haushalte und die damit einhergehende sträfliche Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur auch im Zusammenhang mit der Steuerpolitik der letzten 20 Jahre zu sehen.

Zur Sanierung der öffentlichen Finanzen will die SPD in Hamburg bis 2020 jedes Jahr 250 Stellen streichen. Alles kein Problem für den SPD-Senat: 250 Stellen sind bezogen auf 65.000 Beschäftigte in der Verwaltung relativ wenig. Den öffentlichen Dienst als gesellschaftliches Sparschwein zu nutzen, ist keine neue Erfindung. Hamburg hatte 1995 rund 107.000 Beschäftigte (in Voll- und Teilzeit); 2008 waren es ohne große Proteste rund 31.000 weniger, d.h. in rund einem Dutzend Jahren wurden die öffentlichen Dienste von einem um 30% kleineren Arbeitskörper verwirklicht. Die Konzeption des »ordentlichen Regierens« stützt sich also auf ein »bewährtes Instrument«, das wegen seiner Einfallslosigkeit auch in den europäischen Nachbarstaaten Hochkonjunktur hat. Der Versuch, dieses Dilemma der öffentlichen Finanzen durch eine strikte Begrenzung der Ausgaben lösen zu wollen, produziert in der Folge immer neue Anpassungsprozesse. Denn der Abbau von Beschäftigung, öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen beschädigt nicht nur das öffentliche Vermögen und die Versorgung der Bevölkerung, sondern schwächt auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch Beschränkung der öffentlichen und privaten Nachfrage. Die Gewerkschaften sind zu Recht darüber empört, dass die Gehalts- und Pensionszah-

lungen des öffentlichen Dienstes sowie die Zahl der Beschäftigten zum Stopfen der Haushaltslöcher herangezogen werden sollen. Logischerweise gibt es genug politische Kräfte, die für einen noch höheren Beitrag des öffentlichen Dienstes zur Sanierung der öffentlichen Finanzen eintreten.

Will man aus dem Teufelskreis der Spar- und Austeritätspolitik ausbrechen, bedarf es vor allem einer Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte. So hat der DGB im Juli 2011 die zentralen Forderungen zur Steuerpolitik programmatisch beschrieben: »Statt Steuersenkungen braucht Deutschland Steuergerechtigkeit: Vermögende, Unternehmen, Erben und hohe Einkommen müssen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.«

Praktisch bedeutet dies erstens, Steuervermeidung und Steuerflucht zu bekämpfen. Die Zahl der jährlich geprüften Großunternehmen ist in den letzten Jahren zurückgegangen und auch die hohe Zahl der Selbstanzeigen wegen Steuerbetrugs macht eines deutlich: Hamburg hat einen unzureichenden Steuervollzug, der letztlich die Gleichheit der BürgerInnen vor dem Gesetz untergräbt. Um dies zu ändern, müssen die Steuervollzugsorgane personell entsprechend

ausgestattet werden. Zweitens geht es um eine angemessene Besteuerung von Vermögen und Immobilien. Eine maßvolle Besteuerung der erzielbaren Erträge von korrekt zu Marktpreisen bewerteten Vermögen wurde vom Bundesverfassungsgericht bereits 1995 ausdrücklich für zulässig erklärt, doch bis heute nicht durch entsprechende Gesetzgebung in Kraft gesetzt. Die Grundsteuererhebung erfolgt weiterhin auf der Grundlage der zuletzt 1964 bestimmten Einheitswerte. Im klaren Widerspruch zur grundsätzlich geltenden Rechtslage hat der Gesetzgeber (ähnlich wie bei der Vermögensteuer) geltendes Recht außer Kraft gesetzt und eine Aktualisierung der Einheitswerte seit 1964 verhindert.

Allein durch die Einführung einer Vermögensteuer auf alle größeren Vermögen, und zwar auf deren Verkehrswerte, und die Einführung einer Bundesimmobiliensteuer als Teil einer allgemeinen Vermögensteuer könnte ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet werden. Für Hamburg würde bereits die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu jährlichen Mehreinnahmen von je nach Ausgestaltung ein bis zwei Mrd. Euro führen.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Insgesamt 15.119 Unterschriften sind binnen weniger Wochen seitens der **Volksinitiative »Transparenz schafft Vertrauen«** gesammelt worden. Das Transparenzgesetz sieht ein zentrales Informationsregister vor, in dem der Senat sämtliche Verträge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften veröffentlichen und kostenfrei im Netz abrufbar machen müsste. Sollte die Bürgerschaft den vorgelegten Gesetzentwurf nicht annehmen, würde laut Terminplan der Initiatoren (Transparency International, Mehr Demokratie, Chaos Computer Club, unterstützt u.a. von der LINKEN) vom 27.8. bis zum 17.9.2012 zunächst ein **Volksbegehren** (dafür wären 65.000 Unterschriften nötig) und im September 2013 dann, parallel zur Bundestagswahl, der **Volksentscheid** durchgeführt (<http://de.hamburgertransparenzgesetz.wikia.com>).

Am 17.12.2011 hat das Bündnis **S.O.S. St. Pauli** damit begonnen, Unterschriften unter einem **12-Punkte-Plan gegen die weitere Gentrifizierung** des Viertels zu sammeln (<http://esregnetkaviar.de/relaunch/sos-st-pauli.html>). Wer die mit dem Netzwerk Recht auf Stadt einhergehende **Widerstandskultur in Hamburg** räumlich visualisiert haben möchte, schaue unter <http://brennpunkte.pokobi.de/index.php> nach. Und wer den **Protest auf der Straße** begleiten möchte: Am **12.1.2012 um 18 Uhr** wird am Mönckebergbrunnen unter dem Motto **Die Stadt gehört allen** gegen die verfehlte Stadtpolitik demonstriert.

Am **13.1.2012** lädt Heike Sudmann wieder die bezirklichen MandatsträgerInnen der LINKEN, die mit dem Thema »Bauen« befasst sind, zum Treffen um 16:30 Uhr ins Fraktionsbüro (Buceriusstraße 2) ein. Die Rechtsanwältin Lena Dammann – in der letzten Legislaturperiode für die Linksfraktion als Juristin tätig – wird über den Komplex **Baurecht und Bebauungsplanung** informieren.

Bei einer öffentlichen **Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses** der Hamburgischen Bürgerschaft am **19.1.2012** geht es ab 17:00 Uhr im Rathaus um Möglichkeiten zusätzlichen MieterInnenschutzes. ExpertInnen u.a. aus den Mietervereinen nehmen Stellung zum **Ausbau der MieterInnenschutzgesetzgebung**.

Die **3. Konferenz zur Sozialen Spaltung** wird am **16.2.2012** von 9:00-17:00 Uhr in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Berliner Tor 21) stattfinden. Diesmal geht es den Veranstaltern (Ev. Akademie der Nordelbischen Kirche, Lawaetz-Stiftung, Diakonisches Werk, Hamburger Institut für Sozialforschung, Department für Soziale Arbeit der HAW, AG Gesundheitsförderung am UKE, Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der HafenCity University) um das Thema **Arbeiten in Hamburg** (www.hamburg-stadtfueralle.de).

Elisa retten, Verdrängung aus Hamm verhindern!

Von Marion Fisch

<http://www.rettet-elisa.de>



»Raum zum Leben in jedem Alter und für fast jeden Geldbeutel« – damit wirbt die Vereinigte Hamburger Wohnungsgenossenschaft (vhw). Ihr Ruf ist allerdings nachhaltig ramponiert, was nicht nur, aber in den letzten Monaten vor allem an den Ereignissen um eine Wohnanlage im Norden von Hamm liegt. Der dortigen Mieterinitiative »Rettet Elisa« ist es gelungen, den Protest gegen den geplanten Abriss eines Backsteinensembles (Chapeaurougeweg 16-20/Am Elisabethgehölz 3-7/Curtiusweg 1-5) mit viel Kreativität und Engagement in die Öffentlichkeit zu tragen (siehe auch www.rettet-elisa.de).

Am 14. Dezember kamen gut 100 Betroffene und SympathisantInnen zu der von ihr organisierten Podiumsdiskussion im Rauhen Haus, um sich über den Stand der Dinge auszutauschen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Auf dem Podium saßen neben zwei VertreterInnen der Mieterinitiative BezirkspolitikerInnen und Abgeordnete der Bezirksversammlung Mitte, die sich in den letzten Monaten interfraktionell gegen den Abriss ausgesprochen hatten (S. Clemens, DIE LINKE; F. Drossmann/B. Holst, SPD; J. Frommann, CDU; M. Osterburg, GAL; H.O. Patzer, FDP) sowie die Architekten Hans Joachim Reinig und Thomas Dittert (letzterer von der Fritz Schumacher-Stiftung). Nicht erschienen war dagegen der vhw-Vorstand, der mit seiner Befürwortung des Abrisses dort ziemlich alleine geblieben wäre.

Dass die Beunruhigung über die Abrisspläne solche weiten Kreise zieht, hängt zum einen mit der Wertschätzung für einen

markanten Gebäudekomplex zusammen, der ursprünglich aus der Zeit des langjährigen Hamburger Oberbaudirektors und Architekten Fritz Schumacher (1869-1949) stammt und nach der Kriegszerstörung weitgehend originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Sie erklärt sich aber auch aus der Tatsache, dass mit dem Abriss auf einen Schlag 120 günstige, überwiegend kleinere Wohnungen vernichtet würden, also ausgerechnet ein Bestand, der in Hamburg besonders stark nachgefragt wird. Damit im Zusammenhang stehen die Probleme, die sich aus der energetischen Sanierung und Modernisierung der Nachkriegsbauten ergeben: Neben der Beeinträchtigung des Backstein-Erscheinungsbildes ist mit ihnen häufig eine Mieterhöhung verbunden.

Ein Neubau am Elisabethgehölz und die damit einhergehende deutliche Verteuerung der Mieten wäre ein weiterer Schritt zur Aufwertung und Verdrängung von GeringverdienerInnen in Hamm. Dass in diesem Fall kein »Immobilienhai« zur treibenden Kraft wird, sondern eine Wohnungsbaugenossenschaft, deren Aufgabe eigentlich in der demokratisch organisierten Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besteht, beunruhigt umso mehr.

Marion Fisch arbeitet im Bezirksausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenbursort und der dazugehörigen Stadtteilgruppe der LINKEN mit.

Für DIE LINKE unterstützt vor Ort vor allem Sandra Clemens, Bezirksabgeordnete aus Hamm und selbst vhw-Mitglied, solidarisch die Mieterinitiative: »Bei der Begehung der Elisa-Häuser am 12. Dezember konnten wir uns von der akzeptablen Bausubstanz der Gebäude überzeugen. Der anwesende Architekt bestätigte uns, dass eine Instandsetzung möglich ist, ein Abriss muss wirklich nicht sein. Da die vhw es über Jahre versäumt hat, die Gebäude instand zu halten, sind entsprechende Maßnahmen unumgänglich, am dringendsten im Hinblick auf die Heizungsanlage, da in vielen Wohnungen noch mit Kohleöfen geheizt wird. Absolut vorrangig ist, dass die Instandsetzung sozial verträglich erfolgt. Skandalös und angesichts der Wohnungsnot nicht zu verantworten ist die Tatsache, dass in den Gebäuden einige Wohnungen leer stehen.«

Ob die bisherige Allparteienkoalition gegen den Abriss auch nach dem geforderten »neutralen« Gutachten bestehen bleibt, ist abzuwarten. Deutlich wurde die Hilflosigkeit der Kommunalpolitik: Die rechtlichen Hürden gegen eine Abrissgenehmigung sind hoch. Auch die Frage, wie das allseits proklamierte »verträgliche Mietniveau« in Hamm genau aussehen soll, wird voraussichtlich umstritten sein. Mögliche Konfliktlinien ergeben sich zudem aus der mehr oder weniger konfrontativen Stellung zur vhw. Falko Drossmann (SPD) rief auf der Podiumsdiskussion dazu auf, in diesem für die Entwicklung der Backsteinquartiere durchaus beispielhaften Fall weiterhin die Kom-

munikation mit der Genossenschaft zu suchen, der gegenüber immerhin ein halbjähriger Aufschub der Abrisspläne erreicht werden konnte. Die Mitglieder müssten ihre genossenschaftlichen Rechte nutzen, die Politik könne dabei moderieren und begleiten.

Unter den VertreterInnen der Mieterinitiative und im Publikum war deutliche Skepsis nach den bisherigen Erfahrungen mit der vhw zu spüren, die wirtschaftlich offenbar alles andere als solide dasteht. Da von ihr noch keine konkreten Neubaupläne für das Elisa-Gelände bekannt geworden sind, steht sogar die Befürchtung im Raum, dass sie plant, das attraktive Grundstück zu verkaufen. Eine Übertragung des Komplexes an eine andere, solventere Genossenschaft wäre demgegenüber noch eine wünschbarere Alternative, die Auswirkungen auf die NutzerInnen müssten aber auch dann genau abgewogen werden. Die Versammlung sprach sich schließlich dafür aus, bis zum Jahresbeginn nochmals das Gespräch mit der vhw zu suchen. Bleibt zu hoffen, dass sie bald vom Widersinn des Abrissverfahrens überzeugt werden kann, an dem sie bislang eisern festhält.

Ob es gelingt, »Elisa« so zu erhalten, dass die alteingesessenen BewohnerInnen darin wohnen bleiben und auch in Zukunft GeringverdienerInnen dort eine Heimat finden? Eine der vielen offenen Fragen der Hamburger Wohnungspolitik für 2012, bei denen auch DIE LINKE gefordert ist!

Die Kommunalen



LINKE im Land: 16 Geschichten aus Rathäusern und Gemeinden
 Porträts: Kathrin Gerlof | Fotos: Rico Prauss



In einem soeben im VSA: Verlag erschienenen Buch

Die Kommunalen

LINKE im Land: 16 Geschichten aus Rathäusern und Gemeinden

hat die Journalistin und Autorin Kathrin Gerlof 16 Menschen aus den 16 Bundesländern porträtiert, die in der Kommunalpolitik aktiv sind.

Gesine Löttsch schreibt in ihrem Vorwort: »Das vorliegende Buch soll Mut zur Nachahmung machen. Es beschreibt einfühlsam 16 Menschen, die aufrecht für ihre Überzeugung streiten, die Veränderung im Kleinen wie im Großen auf den Weg bringen. Sie haben den langen Atem, durchzuhalten und bei Niederlagen wieder aufzustehen, erneut anzutreten und nicht aufzugeben. Auch das ist Glück.«

Unter den Porträtierten ist als Hamburger Mandatsträgerin Sandra Clemens (»Ich stand mit meiner Wut nicht mehr alleine da. Es gab Gleichgesinnte, die auch etwas tun wollten«, S. 36-47 im Buch) vorgestellt, die seit Frühjahr 2008 als Abgeordnete der LINKEN in der Bezirksversammlung Mitte wirkt.

Der mit vielen Farbfotos von Rico Prauss bebilderte Band hat einen Umfang von 208 Seiten und kostet 14,80 Euro. Im Buchhandel oder direkt bei VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Höchstgebote, Gewerbeflächen – alles wie bisher!



Mietenwahnsinnsdemo am 29.10.2011 mit mehr als 6.000 TeilnehmerInnen

Der Senat rühmt sich in diesen Wochen – zuletzt am 15. Dezember in einer Pressemitteilung –, der »Wohnungsbauprogramm für Hamburg« würde greifen, schließlich seien in diesem Jahr bereits Baugenehmigungen für 6.124 Wohneinheiten erteilt worden. Tatsächlich fällt die Zahl der Baugenehmigungen damit um 50% höher aus als im Vorjahr. Allerdings standen im Jahr 2010 genau 4.129 Baugenehmigungen 3.520 fertig gestellten Wohneinheiten gegenüber. Die Zahl der Baugenehmigungen ist also nur ein Indiz, keinesfalls jedoch schon ein Beleg für vermehrte Bautätigkeit. Denn Baugenehmigungen werden von Immobilienunternehmen bisweilen auch – und nur – deswegen erwirkt, um den Wert des betreffenden Grundstücks zu steigern und dieses anschließend weiterzuverkaufen. In den Bezirken ruhen auf diese Weise z.T. in dreistelliger Größenordnung Baugenehmigungen, ohne dass diese absehbar umgesetzt würden.

Doch unabhängig von der Quantität der Baugenehmigungen stellt sich vor allem auch die Frage, was denn qualitativ in Angriff genommen wird. Und dann ergibt sich das Bild, dass nach wie vor primär teure Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Ein-Familien-Häuser errichtet werden sollen. Im vergangenen Jahr betrug die Durchschnittsgröße der fertig gestellten 3.520 Wohneinheiten sage und schreibe 106,4

Quadratmeter. Entstanden sind also weit überwiegend große und für viele unerschwingliche Wohnungen, der akuten Wohnungsnot vor allem unter den GeringverdienerInnen wurde und wird dies keinesfalls gerecht. Selbst wenn die Zielzahl von 6.000 real errichteten Wohneinheiten dereinst realisiert werden kann, bleibt diese hinter dem Bedarf weit zurück. 30.000 bis 90.000 akut fehlende Wohnungen und ein prognostiziertes Bevölkerungswachstum um rund 100.000 NeubürgerInnen bis zum Jahre 2030 erfordern ganz andere Zahlen. Aufgrund der Einkommensentwicklung bei einem Großteils der HamburgerInnen sind vor allem günstige Wohnungen erforderlich, dafür bedarf es Neubauten im so genannten ersten Förderweg, der eine Einstiegsrente von 5,90 Euro/qm garantiert.

Dass die öffentlichkeitswirksam verkaufte Zahl der Baugenehmigungen wirklich nur eine Seite der Problematik ist, zeigte sich kürzlich wieder an einem Zeitungsbericht. Die Hamburger Morgenpost titelte am 11. Dezember »Wohnungspreise machen Mietern Angst«. Nach einer »repräsentativen Umfrage« würden 34% der Bevölkerung fürchten, »wegen steigender Kosten ihr Viertel verlassen zu müssen. Vor allem Frauen und junge Hamburger haben Angst«. DIE LINKE hat deswegen schon seit langem eingefordert, nicht nur den Bau

günstiger Sozialwohnungen massiv auszuweiten, sondern zugleich auch den MieterInnenschutz nachhaltig zu verbessern. Aufgrund eines Antrags vom 12. Oktober unter dem Titel »Schutzschirm für die MieterInnen, Mietenspirale stoppen« wird am 19. Januar 2012 um 17.00 Uhr im Rathaus eine öffentliche ExpertInnenanhörung dazu stattfinden (ZuschauerInnen/ZuhörerInnen sind herzlich willkommen!). Für diese öffentliche Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss hat die Fraktion der LINKE folgende Fragen an die Mietrechtsfachleute gerichtet:

1. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation und absehbare Entwicklung am Hamburger Wohnungsmarkt ein und was müsste sich ändern?
2. Worin sehen Sie die Ursachen für die galoppierende Mietpreisentwicklung auf dem Hamburger Wohnungsmarkt und was müsste sich ändern?
3. Wie bewerten Sie die Rolle des Hamburger Mietenspiegels in Zeiten des grassierenden Wohnungsmangels und an welchen Punkten müsste er konkret verändert werden, um die Lage der MieterInnen besser zu schützen?
4. Welche Chancen sehen Sie für eine Streckung der Kapazitätsgrenze (Mieterhöhungen von maximal 15% in vier Jahren)?
5. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Modernisierungsumlage zu strecken (Umlage auf elf Jahre zu jeweils 9%) und sie auf den Umlagezeitraum zu begrenzen, und unter welchen Bedingungen könnte eine Modernisierungsumlage in Gänze abgeschafft werden?
6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Mieten bei Neuvermietungen an den mittleren Satz des Mietenspiegels zu binden bzw. stärker zu deckeln?
7. Wie bewerten Sie die Möglichkeiten der Einführung einer Mietobergrenze, die an das Nettodurchschnittseinkommen (maximal 30%) der MieterInnen gebunden ist?
8. Welche Möglichkeiten sehen Sie hinsichtlich eines Mietenstopps a) für die öffentlichen Wohnungsunternehmen, b) für bestimmte Quartiere, c) für eine ganze Stadt und welche Erfahrungen liegen mit einem solchen Instrument vor?
9. Was empfehlen Sie zur Bekämpfung von Büro- und Wohnungslerstand, Zweckentfremdung und »Ferienwohnungen«?
10. Wie kann die Kostenbewältigung bei energetischen Wärmedämmungen aus Ihrer Sicht so gestaltet werden, dass die MieterInnen finanziell keinesfalls stärker belastet werden, als sie über geringere Energiekosten einsparen?
11. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Mietpreisbindung von öffentlich geförderten Wohnungen a) deutlich zu verlängern, b) unbefristet zu gestalten?
12. Welche anderen Instrumente zur Deckelung der Mietentwicklung halten sie auf Hamburger Ebenen für geeignet bzw. empfehlenswert, um die Situation für die MieterInnen zu entspannen?

Mit parlamentarischen Anfragen versucht die LINKSFRAKTION die stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Entscheidungen des SPD-Senats auszuleuchten. Und da findet

sich viel Problematisches! Nehmen wir dessen Antwort auf die Anfrage zum »Umgang mit städtischen Grundstücken und Liegenschaften« vom 9. Dezember. Daraus ergibt sich u.a., dass im Jahr 2011 (also im Wesentlichen unter sozialdemokratischer Ägide) so viel an städtischen Flächen für gewerbliche Nutzung verkauft wurde, wie schon seit Jahren nicht mehr, nämlich 172.224 Quadratmeter (2009 waren es 136.187 qm, 2010 »nur« 76.049 qm). Dieser hohe Wert angesichts eines Büroleerstandes von mindestens 1,3 Mio. Quadratmetern zeugt von einer anhaltenden Fehlentwicklung bei der Flächenvergabe. Knapp 13.000 qm mehr wurden 2011 für Wohnungsbauzwecke verkauft. Angesichts des bestehenden Mangels an zehntausenden Wohnungen kann auch der Wert von 185.103 Quadratmetern städtischen Grundes für Wohnungsbauzwecke keineswegs befriedigen (2009 waren es 72.530, 2010 dann schon 167.007 qm). Zu unserem Erstaunen wurden im Jahr 2010 immer noch fünf städtische Wohnungsbau-Flächen mit einer Größe von insgesamt 26.628 Quadratmetern im Höchstgebotsverfahren veräußert, obwohl schon unter Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) Verkäufe per Höchstgebot ausgeschlossen werden sollten. Höchstgebotsverfahren sind gewöhnlich der Garant für exorbitant hohe Mieten und oft genug lukrative Eigenheimprojekte! Auch das ist ein Grund mehr, öffentliche Flächen nicht zu verkaufen, sondern im Erbbaurecht zu vergeben.

Schauen wir uns noch eine andere Antwort auf die Anfrage »Verkauf von Bestandswohnungen der SAGA GWG« der LINKSFRAKTION vom 9. Dezember an. Seit dem 1. Februar 2011, also quasi alleine unter der SPD, hat dieses öffentliche Unternehmen weitere 128 Wohnungen privatisiert, 2.633 werden gegenwärtig noch auf dem »Markt« angeboten. Fast zynisch mutet es einmal mehr an, wenn der Senat auf die Frage nach den Konditionen seitens der SAGA GWG antwortet: »Die Verkäufe erfolgen stets unter Beachtung der Grundsätze von Sozialverträglichkeit und Marktconformität... Jeder Käufer einer Wohnung (ob SelbstkäuferIn oder SelbstnutzerIn) wird kaufvertraglich verpflichtet, die Wohnung für mindestens fünf Jahre selbst zu nutzen. Dies umfasst auch die Nutzung durch geradlinig Verwandte.« Von »Marktconformität« wollen wir hier gar nicht reden, schließlich wird öffentliches Eigentum ohne Zustimmung der BürgerInnen verhökert. Aber von »Sozialverträglichkeit« zu faseln, in einer Situation dramatisch wachsenden Mangels an bezahlbaren Wohnungen, das ist denn doch starker Tobak.

Weder der Senat noch die SAGA GWG wird den Anforderungen einer sozialen Flächen- und Wohnungspolitik gerecht. Das Umsteuern, ein nachhaltiger Kurswechsel in Richtung Erhalt und Schaffung vieler Tausend bezahlbarer Wohnungen statt überflüssiger Bürobauten ist noch lange nicht Praxis dieses Senats. Der Druck muss also weiter erhöht werden, wenn wir verhindern wollen, dass immer mehr Menschen gezwungen werden, nicht 30 oder 40, sondern inzwischen bis zu 50% ihres Haushaltseinkommens für die Wohnkosten zu berappen. Das soziale Grundrecht auf Wohnen muss zu einer tagesspolitischen Aufgabe werden.



WIR die Leute aus St. Pauli rund um die Reeperbahn verlangen:

- 1.** Alle Planungen, Vertragsverhandlungen und Genehmigungsverfahren, die mit Abriss, Bau, Modernisierung, Umwandlung oder Verkauf zu tun haben, müssen auf Eis gelegt werden. Alles gehört auf den Prüfstand.
- 2.** Offenlegung aller Planungen, Verkaufs- und Bau-Vorhaben: Jeder Antrag, jede Entscheidung muss öffentlich gemacht und diskutiert werden.
- 3.** Wir brauchen einen Runden Tisch für St. Pauli, der sämtliche Verantwortliche und Betroffene von Stadtentwicklungsprojekten gleichberechtigt einschließt. Entwicklung einer demokratischen Planungsform!
- 4a.** Ideen aus dem Stadtteil, statt Bevormundung durch die Stadt: AnwohnerInnen-Initiativen und AnwohnerInnenbedürfnisse müssen entscheidender Bestandteil der Stadtplanung werden.
- 4b.** Keine Privatisierung öffentlicher Räume, Parks, Plätze und Einrichtungen. Entprivatisierung des Spielbudenplatzes.
- 5.** Sämtliche Projekte oder Veränderungsmaßnahmen müssen nachweisen, welchen Nutzen sie für den Stadtteil haben.
- 6.** Wenn Neubau, dann nur noch öffentlich geförderter oder günstiger Mietwohnraum.
- 7.** Der Bau von öffentlich gefördertem Wohnraum darf nicht zu Lasten existierenden, günstigen Wohnraums gehen. Der Bau öffentlich geförderten Wohnraums darf nicht zum Vorwand für Abrisspolitik werden.
- 8.** Sozialwohnungen müssen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben.
- 9.** Mietpreisbindung (festgesetzte Höchstwerte) für Wohnen und Gewerbe. Umwandlung aller befristeten in unbefristete Mietverträge.
- 10.** Erhalt und Förderung einer kleinteiligen und vielfältigen Gewerbestruktur.
- 11.** Ankauf aller auf dem Markt angebotenen Wohnungen und Grundstücke durch die Stadt zu gesetzlich festgelegten Höchstpreisen, um günstige Mieten zu sichern.
- 12.** Leerstandkriminalisieren (gesetzlich verbieten), Besetzung von Leerstand entkriminalisieren, Zwangsvermietung bei Leerstand.

Vorgestellt, diskutiert, verändert und beschlossen von rund dreihundert TeilnehmerInnen der 1. Stadtteilversammlung S.O.S. St. Pauli, in der Cafeteria der St. Pauli Schule Bernhard Nocht Strasse am 22. Oktober 2011

HVV teurer als New York und Moskau

Im Durchschnitt gibt die LINKSFRAKTION zwei bis drei Pressemitteilungen pro Tag heraus. Doch was sich davon in der Tagespresse wiederfindet, lässt sich selbst über einen längeren Zeitraum an einer Hand abzählen. Und so nehmen wir hier nachträglich eine Pressemitteilung auf, die anlässlich der in der Bürgerschaft am späten Abend des 14. Dezember debattierten, erneut überdurchschnittlichen HVV-Fahrpreiserhöhung zum 1. Januar 2012 herausgegeben worden ist.

Weder fand diese Erklärung noch die Kritik an der Fahrpreiserhöhung in der Tagespresse Erwähnung. Macht ja nix, wenn Hunderttausende Fahrgäste immer tiefer in die Tasche greifen müssen. Und sie müssen reichlich tief greifen,

wie eine am 14. Dezember 2011 veröffentlichte repräsentative Vergleichsstudie unter 130 Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigt: »So teuer wie in Deutschland sind die Standard-Einzeltickets weltweit sonst nirgends. Hamburg (2,80 Euro) gehört mit Sydney (3 Euro) und Stockholm (3,91 Euro) zu den teuersten Anbietern von Standard-Einzeltickets. Zum Vergleich: Selbst in New York kostet das Standard-Einzelticket mit unbegrenzter Streckenlänge nur 1,88 Euro, in Los Angeles 1,11 Euro, in Miami günstige 1,48 Euro, in Moskau 60 Cent und in Tokyo auch nur 1,54 Euro« (S. 3 der Studie, herunterzuladen unter <http://www.pro-bahn.de/aktuell/index.php>).

Runter mit den HVV-Preisen als Beitrag zur sozialgerechten Mobilität und Umweltschutz

In der heutigen Bürgerschaftsdebatte über die Fahrpreiserhöhung im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) erklärt Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

»Selbst in der Bürgerschaft und im Senat bestreitet niemand, dass die Nutzung von Bus und Bahn viel umweltfreundlicher als Autofahren ist. Ebenso unbestritten ist, dass eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist. Da Vorbeugen bekanntlich besser und billiger als Nachsorgen ist, ist es naheliegend, den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern. Zu dieser Förderung gehört ein gutes und preisgünstiges Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).«

Der Erste Bürgermeister hat in seiner Regierungserklärung am 23. März 2011 festgestellt: »Nahverkehrssysteme sind mittlerweile so etwas wie die Nervenbahnen großer Städte und bedürfen deshalb besonderer Beachtung.« Wer damals unterstellt hätte, dass die besondere Beachtung sich in höheren und damit auch abschreckenden Preisen des HVV niederschlagen wird, wäre als böswillig bezeichnet worden. Doch jetzt, ein halbes Jahr später, ist festzustellen, dass die SPD nicht davor zurückschreckt, genau wie die Vorgängersenate munter die Preisspirale nach oben zu schrauben.

Und dabei wird mehr erhöht, als der HVV nach seinem Kostenindex als notwendige Preissteigerung errechnet. Nicht nur um 1,9%, sondern um durchschnittlich 2,8% sollen die Preise empor klettern. Bei den Senioren- und den CC-Karten sollen es sogar 3,8% mehr werden. Damit zeigt die SPD, dass sie bei den Menschen, die eh wenig Geld haben und für die Mobilität auf öffentliche Nahverkehrsmittel angewiesen sind, besonders hinlangt.

Die höchste Preissteigerung findet mit 7% beim Schnellbuszuschlag statt. Der Senat behauptet, dass die Fahrgäste der Schnellbusse eine hohe Zahlungsbereitschaft hätten. Den höchsten Fahrgastanteil hat die Schnellbuslinie 37 auf der Route zwischen Osdorfer Born und Steilshoop/Bramfeld. Das sind genau die zwei Stadtteile, die seit Jahrzehnten auf eine Bahnabbindung warten, die viele BewohnerInnen mit geringem Einkommen haben und die der SPD verkehrspolitisch angeblich so am Herzen liegen. Wenn so sozialdemokratische Zuneigung aussieht, können der Osdorfer Born und Steilshoop auf diese zynischen Liebesbeweise gut verzichten. Eine sozialgerechte Mobilität braucht sinkende HVV-Preise. Die SPD muss endlich erkennen, dass es eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung nicht zum Nulltarif geben kann.

Besonders auffällig ist eine paradoxe Entwicklung: Die Fahrgastzahlen und die Einnahmen steigen kontinuierlich, die Preise werden trotzdem weiter erhöht. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist die Anzahl der Fahrgäste um rund 100 Millionen gestiegen, das sind jährlich durchschnittlich drei Prozent. Die Fahrgeldeinnahmen allein im Jahr 2010 übertreffen diese Steigerung noch mit einer Steigerung um 4,8% bzw. 28,4 Millionen auf mittlerweile 617 Millionen. Allein 8 Millionen Euro davon resultieren aus den Mehreinnahmen der Tarifierhebung vom 1. Januar 2010.

Senat und HVV verfolgen offenbar das langfristige Ziel, dass der ÖPNV zu 100% von den NutzerInnen finanziert wird. Der sogenannte Kostendeckungsgrad steigt seit Jahren an, bei der Hochbahn liegt er mittlerweile bei 88,7%, beim HVV insgesamt bei ca. 66%. Für den Autoverkehr gibt es nichts Vergleichbares.

Ganz im Gegenteil werden die externen Kosten des Autoverkehrs der Allgemeinheit aufgebürdet. Nach Berechnungen in der Studie »Zukunftsfähiges Hamburg« zahlt jede Hamburgerin und jeder Hamburger – vom Säugling bis zum hochbetagten Menschen, egal ob mit oder ohne Auto – jährlich 629 Euro für die Folgen des Autoverkehrs. Um die Kosten des ÖPNV zu decken, wären hingegen nur 170 Euro jährlich pro HamburgerIn erforderlich. Auch deshalb ist es eine Bestrafung der umweltbewussten VerkehrsteilnehmerInnen, wenn ihnen Jahr für Jahr mehr Geld aus der Tasche gezogen wird. Die Politik der Preistreiberei beim HVV muss beendet werden.

»Von Gatten, Ratten & Beschattern«



der kulturverein im
gewerkschaftshaus

Be60

Von Gatten, Ratten und Beschattern
Frank Schulz
 Der Hamburger Autor
 liest alte und neue Texte
 und
Brigitte Neumann
 moderiert

Dienstag 10. Januar 2011
19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus – Ebene 9
Raum St. Georg

Kartenvorverkauf: Büchergilde (Gew.haus) Eintritt 12 Euro,
Gewerkschaftsmitglieder 10 Euro - Azubis, SchülerInnen, Studierende 5 Euro -
Arbeitslose frei

Wenn all die Konzerte in der (Vor-)Weihnachtszeit und die Partys zum Jahreswechsel überstanden sind, kann vielleicht in kultureller Hinsicht wieder etwas ruhigeres Fahrwasser angesteuert werden. Da böte sich beispielsweise eine kleine, aber feine Veranstaltung am 10. Januar um 19:00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60, Raum St. Georg, Ebene 9) an. An diesem Abend liest Frank Schulz alte und neue Texte. »Von Gatten, Ratten & Beschattern« ist die von Brigitte Neumann moderierte Veranstaltung überschrieben, und der Hamburger Autor »nimmt Unveröffentlichtes, Lichtscheues und Kriminokomisches unter die Leselupe – mit und ohne Ausschweifungen, mit und ohne Gesang, mit und ohne Metrum, mit und ohne Kohlensäure, Senf & Sinn«.

Frank Schulz ist 1957 in Hagen bei Stade geboren worden, arbeitete dann länger als kaufmännischer Angestellter, bevor

er ein geisteswissenschaftliches Studium absolvierte und anschließend mit dem Schreiben anfang. 2008 war er einige Zeit als Stadtschreiber in einem Projekt an der türkischen Ägäis-Küste tätig. Sein erster Roman (»Kolks blonde Bräute«) erschien 1991, zuletzt – im Jahre 2010 – das Buch »Mehr Liebe. Heikle Geschichten«. Seine Werke wurden inzwischen mehrfach ausgezeichnet. »Schulz' Kurzgeschichten sind – und das ist das Beste, was man über Literatur sagen kann – von einer genialen Süße: leicht, locker, reif und humorvoll«. (ndr Kultur) »Einer aus der Riege der wirklich sprachmächtigen deutschsprachigen Erzähler« (Die Welt). Der Eintritt für das Tête-à-tête beträgt 12 Euro, für GewerkschafterInnen 10 Euro. Azubis, SchülerInnen und Studierende zahlen 5 Euro, Arbeitslose zahlen nichts. Mehr Infos unter www.kultur-im-gewerkschaftshaus.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu meinen Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.